

Inhalt

Vorwort	5
Vorwort	7

A. Das Hass-im-Netz-Bekämpfungsgesetz

I. Einleitung	13
1. Ausgangspunkt	13
2. Das parlamentarische Verfahren	14
3. Überblick über die durch das HiNBG eingeführten Neuerungen	16
3.1. Zivilrecht und Zivilprozessrecht	16
3.2. Materielles Strafrecht	17
3.3. Mediengesetz	18
3.4. Strafprozessrecht	19
4. Schutz der Persönlichkeitsrechte vor dem HiNBG	21
4.1. Die zentrale Bestimmung des Persönlichkeitsschutzes: § 16 ABGB	21
4.2. Schutz des Namens: § 43 ABGB	22
4.3. Schadenersatz bei Verletzung der Privatsphäre: § 1328a ABGB	22
4.4. Sicherungsmittel zum Schutz vor Eingriffen in die Privatsphäre: § 382g EO ..	23
4.5. Ehrenbeleidigung und Kreditschädigung: § 1330 ABGB	24
4.6. Das Recht am eigenen Bild: § 78 Urheberrechtsgesetz	26
II. Änderungen im Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch (ABGB)	28
1. Der neue § 17a ABGB	28
1.1. Allgemeines	28
1.2. Übertragbarkeit der Persönlichkeitsrechte und Grenzen	29
1.3. Über den Tod hinausreichender Persönlichkeitsschutz	31
2. Der neue § 20 ABGB	33
2.1. Der Unterlassungs- und Beseitigungsanspruch allgemein	34
2.2. Ansprüche des Arbeit- oder Dienstgebers auf Unterlassung und Beseitigung ..	36
2.3. Ansprüche auf Unterlassung und Beseitigung gegen Vermittler	38
2.4. Interessensabwägung	42
3. Änderung in § 1328a Abs 2 ABGB	43
4. Die Übergangsbestimmung	44
III. Das Verfahren wegen erheblicher Verletzung von Persönlichkeitsrechten in einem elektronischen Kommunikationsnetz	45
1. Voraussetzungen	45
1.1. Einordnung	45
1.2. Erhebliche Verletzung von Persönlichkeitsrechten mit Beeinträchtigung der Menschenwürde	46
1.3. Begehung der Rechtsverletzung in einem elektronischen Kommunikationsnetz	49

2.	Der Anspruch auf Unterlassung	50
2.1.	Der Unterlassungsauftrag deckt die Beseitigung	50
2.2.	Umfang des Unterlassungsbegehrens	51
2.3.	Wiederholungsgefahr	57
3.	Formale Themen bei Verfassung der Klage	58
3.1.	Welches Gericht ist zuständig?	58
3.2.	Grundsätzliches zur Klage	60
3.3.	Nachforschungen betreffend die Adresse der beklagten Partei	61
3.4.	Klagen gegen Vermittler	64
3.5.	Nachweis des Eingriffs	67
4.	Verfahrensrechtliches	67
4.1.	Vergleichbare Regeln beim Mahnverfahren	67
4.2.	Das Verfahren nach § 549 Abs 2 und 3 ZPO	68
4.3.	Vorläufige Vollstreckbarkeit des Unterlassungsauftrages	70
4.4.	Das Rechtsmittelverfahren	73
5.	Kostenregelungen	74
5.1.	Allgemeine Bemerkungen	74
5.2.	Das Kostenrisiko	76
5.3.	Verfahrenshilfe	77
IV.	Änderungen im Strafgesetzbuch (StGB)	79
1.	Die Änderung des § 107c StGB – Fortdauernde Belästigung im Wege einer Telekommunikation oder eines Computersystems	79
2.	Der neue Tatbestand des § 120a StGB – Unbefugte Bildaufnahmen	82
2.1.	Vorbemerkung	82
2.2.	Zur neuen Bestimmung im Detail	85
3.	Die Änderung des § 283 StGB – Verhetzung	88
3.1.	Vorbemerkung	88
3.2.	Entfall der Begriffe „körperlich“ und „geistig“ beim Kriterium der Behinderung	89
3.3.	Strafbarkeit schon bei Tatbegehung gegenüber einer Person	90
3.4.	Beleidigung als Privatanklage-, Ermächtigungs- bzw. Offizialdelikt	91
3.5.	Die Qualifikationen der Begehung vor einer breiten Öffentlichkeit	93
V.	Relevante Änderungen im Mediengesetz	94
1.	Neue Regelungen bei den Entschädigungstatbeständen	94
1.1.	Grundlegendes	94
1.2.	Die einzelnen Entschädigungstatbestände	95
1.3.	Gemeinsame Bestimmungen für die Entschädigungstatbestände:	101
1.4.	Verfahrensrechtliches: Das selbständige Entschädigungsverfahren	105
1.5.	Zuständigkeit und Frist	107
2.	Verjährung, Einziehung, Urteilsveröffentlichung	107
2.1.	Verjährungsfrist	107
2.2.	Die Klarstellung bei Einziehung und Urteilsveröffentlichung	109

3.	Einziehung bzw. Website-Löschung nun auch für Arbeit- und Dienstgeber	110
4.	Durchgriff auf Hostprovider	113
4.1.	Grundlegendes	113
4.2.	Das Verfahren	114
5.	Antrag auf Anordnung von Ermittlungsmaßnahmen	115
6.	Psychosoziale und juristische Prozessbegleitung	115
VI.	Änderungen in der Strafprozessordnung	118
1.	Die Ausweitung der Prozessbegleitung	118
1.1.	Alte Rechtslage	118
1.2.	Erweiterung durch das HiNBG	118
1.3.	Praktische Hinweise zur Prozessbegleitung	121
2.	Die neuen Bestimmungen in Privatanklagesachen	123
2.1.	Die neue Antragsmöglichkeit nach § 71 Abs 1 StPO	123
2.2.	Auskunft über Stamm- und Zugangsdaten auch durch sonstige Diensteanbieter	128
2.3.	Änderung der Kostentragungsregelung	129
3.	Sonstiges	132
3.1.	Inkrafttreten nach § 514 Abs 46 StPO	132
3.2.	Richtlinie Opferschutz	132

B. Das Kommunikationsplattformen-Gesetz

I.	Einleitung	134
II.	Die Regelungen im Detail	136
1.	Geltungsbereich	136
2.	Ausnahmen	139
2.1.	Kleine Diensteanbieter	139
2.2.	Bestimmte Vermittlungs-Plattformen	139
2.3.	Video-Sharing-Plattformen	140
2.4.	Mitwirkung der Aufsichtsbehörde	141
3.	Anforderungen an Kommunikationsplattformen	142
3.1.	Melde- und Überprüfungsverfahren	142
3.2.	Berichtspflicht in Bezug auf den Umgang mit Meldungen	148
3.3.	Verantwortlicher Beauftragter und Zustellungsbevollmächtigter	149
3.4.	Zustellfiktionen	150
3.5.	Sonderregeln der Vollstreckung von Geldstrafen	152
4.	Das Beschwerdeverfahren	154
5.	Aufsicht und Sanktionen	156
5.1.	Aufsichtsbehörde, Beschwerdestelle, Finanzierungsbeiträge	156
5.2.	Aufsichtsverfahren	157
5.3.	Strafen	159
5.4.	Beschwerden	162
6.	Schlussbestimmungen	163

III.	Die Europarechtliche Dimension	164
1.	Das Notifizierungsverfahren	164
2.	Erörterung der Kritik in der Lehre	168
3.	Vorschlag für ein Gesetz über digitale Dienste	171
4.	Zum Thema der Grundrechte	177
4.1.	Die Grundrechte im Vorschlag für ein Gesetz über digitale Dienste	178
4.2.	Unterschiede bei der Regelung des Melde- und Überprüfungsverfahrens	180
5.	„Hass im Netz“ im Vorschlag über ein Gesetz über digitale Dienste	183
6.	Der Verhaltenskodex zur Bekämpfung illegaler Hassrede im Internet	187
	Stichwortverzeichnis	191